



Kostenloses Schülerticket kommt

Die SPD-Fraktion im Kreis setzt durch: Ab August kommt für die Schülerinnen und Schüler an allen Schulen des Kreises das kostenlose Westfalenticket. – Mehr auf Seite 2



Dreimal in Lippe: Thomas Kutschaty

Er will aus Hoffnungen Wirklichkeit werden lassen und macht dazu Station im Kreis Lippe. – Mehr auf Seite 2

Wiederum zu wenig Kita-Plätze

SPD beklagt Mangel in Biemsen-Ahmsen und Lockhausen. Schwarz-Grün verweigert den bedarfsgerechten Ausbau im Stadtrat. – Mehr auf Seite 4

SPD: Soziale Politik für Dich



Wir machen „Soziale Politik für Dich“: Das ist unser Markenkern und ein Versprechen an alle Bürgerinnen und Bürger. Im Kampf gegen die stark gestiegenen Energiepreise setzt Bundeskanzler Olaf Scholz auf mehr Effizienz und Entlastungen für die Menschen – zum Beispiel weniger Energiesteuern, ein Gehaltszuschuss, höhere Einmalzahlungen für alle, die wenig Geld haben, den Ausbau Erneuerbarer Energien und ein 9-Euro-Monatsticket für Bus und Bahn. Und: Wir erhöhen den Mindestlohn ab Oktober auf 12 Euro. Jetzt machen wir das Bessere auch in Nordrhein-Westfalen möglich: Mit Ellen Stock im Landtag, Thomas Kutschaty als Ministerpräsident und einer starken SPD.

Ihr Clemens Welslau
Vorsitzender
SPD Bad Salzuflen

Briefwahl startet: Heute schon SPD wählen

Die Zahl der Menschen, die die Briefwahl nutzen, steigt. Denn es ist durchaus praktisch, den Urnengang bereits vor dem Wahltag erledigt zu haben.

So bleibt man ungebunden und kann den Wahlsonntag frei verplanen. In diesen Tagen werden die Wahlbenachrichtigungen für die Landtagswahl am 15. Mai verschickt. Damit kann einfach per Post die Briefwahl beantragt werden. Das funktioniert übrigens auch Online über die Homepage der Stadt. Dann kommen wenige Tage später die Stimmzettel ins Haus und die beiden Stimmen für die SPD können angekreuzt werden.

Es gibt aber auch die Möglichkeit, direkt ins Rathaus zu gehen und dort den Urnengang zu erledigen. Unsere Bitte: gehen Sie wählen. Nutzen sie eine der beschriebenen Möglichkeiten.

Denn: Jede Stimme zählt.

„Das Ehrenamt verdient mehr Unterstützung“

Ellen Stock, SPD-Kandidatin im Wahlkreis Lippe I, setzt sich für Vereine, starke Kommunen und kostenfreie Bildung ein.



Liebe Ellen, Gerüchte besagen, dass Du Dich beim letzten Nordsee-Urlaub im Herbst bei nur 14 Grad Wassertemperatur ohne zu zucken ins Meer gestürzt hast. Ist das nur eine schöne Geschichte oder warum bist Du so abgehärtet?

Ellen Stock: (lacht) Die Geschichte stimmt wirklich. Bei uns in Waddenhausen gibt es ja die „Pfütze“. Ein winziges, aber gerade im Sommer für die Kinder richtig tolles Freibad, das aber natürlich nicht beheizt ist. Dort bin ich auch schon regelmäßig bei eisigen Temperaturen schwimmen gegangen – und deshalb macht es mir auch nichts aus, im Herbst in die Nordsee zu springen. Die „Pfütze“ ist übrigens das kleinste Freibad in Lippe und wird von einem Verein betrieben. Ein tolles Beispiel, was Ehrenamt alles möglich macht.

Das Ehrenamt hat für Dich generell einen hohen Stellenwert. Warum ist Dir das so wichtig?

Stock: Das Ehrenamt ist der Kitt der Gesellschaft. Ohne Menschen, die sich in der Freizeit für und mit anderen engagieren, läuft gar nichts. Ob im Sportverein, Dorfausschuss, Schützen- oder Heimatverein: alle sind sie auf Mitglieder angewiesen, die etwas Tolles auf die Beine stellen. Ob große Feste und Veranstaltungen, Aktivitäten, Sportangebote, die Jugendarbeit oder aber – ganz wichtig – Hilfe im Notfall wie durch die Freiwillige Feuerwehr oder das THW: Vieles in unserem Land wäre ohne Ehrenamt nicht möglich. Daher liegt mir das so am Herzen und deshalb bin ich auch seit Jahren selbst ehrenamtlich engagiert.

Wie möchtest Du durch Deine Arbeit im Landtag das Ehrenamt stärken?

Stock: Zum einen brauchen wir mehr Wertschätzung für das Ehrenamt. Dass sich Menschen in ihrer Freizeit engagieren, wird viel zu oft als selbstverständlich hingenommen. Doch genau das ist es nicht. Ehrenamtliche verdienen Respekt und Anerkennung für das, was sie leisten. Deshalb setze ich mich für eine bessere und gezieltere Unterstützung des Ehrenamtes ein – etwa durch Programme zur Nachwuchsgewinnung, der Weiterentwicklung der Engagementsstrategie, durch finanzielle Förderung der Vereine oder dadurch, dass wir Hürden abbauen – beispielsweise durch weniger Bürokratie. Kurzum: Das Ehrenamt ist das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft – und das wollen wir stärken.

Was ist Dir sonst noch wichtig?

Stock: Das Oberthema, für das ich kämpfe, ist eine größere soziale Gerechtigkeit in NRW. Und das betrifft viele Bereiche. Beispielsweise, den ÖPNV auszubauen und ihn preislich attraktiver zu machen. Deshalb sollen Schülerinnen und Schüler in NRW generell kostenfrei Bus und Bahn fahren können. Außerdem werden wir den Ausbau Erneuerbarer Energien und die Digitalisierung unserer Schulen vorantreiben. Bildung soll für alle kostenfrei sein. Deshalb setze ich mich dafür ein, die Kita- und OGS-Gebühren abzuschaffen und so Eltern entlasten. Das gilt auch für die Straßenausbaugebühren. In Zeiten explodieren-

der Mieten und Grundstückspreise muss Wohnen wieder bezahlbar werden. Das wollen wir unter anderem mit sozialem Wohnungsbau schaffen. Und: Ich kämpfe für eine größere Unterstützung unserer Kommunen.

Was bedeutet das?

Stock: Ein großer Punkt sind da die Kommunal Finanzen. Aufgaben, die das Land den Städten und Gemeinden aufs Auge drückt, werden in vielen Fällen nicht ausreichend gegenfinanziert. Die Kommunen bleiben so immer öfter auf einem Teil der Kosten sitzen – und müssen dann Steuern erhöhen oder überlegen, Schwimmbäder, Büchereien oder andere öffentliche Einrichtungen zu schließen. Das muss aufhören, deshalb setze ich mich für eine bessere Finanzierung der Kommunen ein.

Wie möchtest Du die Menschen überzeugen, Dir am 15. Mai das Vertrauen und ihre Stimme zu schenken?

Stock: Indem ich persönlich auf die Menschen zugehe, mit ihnen rede und zuhöre. Deshalb suche ich in den kommenden Wochen immer wieder das Gespräch: ob an Wahlkampfständen, bei Veranstaltungen oder bei Hausbesuchen. Direkt miteinander zu reden ist glaube ich immer der beste Weg, um sich auszutauschen und jemanden zu überzeugen, dass ich mich wie in den vergangenen Jahren beharrlich, zuverlässig und verbindlich für die Lipperinnen und Lipper einsetzen werden.

Raum für's Ehrenamt: Das wollen wir

Bereits Ende des vergangenen Jahres forderte die SPD die Einrichtung von Gemeinschaftshäusern in allen Ortsteilen und Quartieren. Die Ergebnisse der Leader-Abfrage vom Anfang des Jahres zeigen, wie wichtig diese Forderung ist.

„Gemeinschaftshäuser als Treffpunkt für unsere Vereine und Institutionen muss es in jedem Ortsteil von Bad Salzuflen geben!“, verlangte Regina Suett, Sprecherin der SPD-Fraktion im Ausschuss für Ehrenamt und Sport am 15. März 2022. In den strategischen Zielen der Stadt hat die Förderung von Ehrenamt und Ortsteilen einen zentralen Platz. Um diesen Zielen zu entsprechen, brauchen die Ortsteile Treffpunkte, in denen das Vereinsleben sowie das gesellschaftliche und kulturelle Leben stattfinden kann.

Die Gemeinschaftshäuser werden zu Ortsteilzentren weiterentwickelt, in denen z.B. auch Gesundheitsvorsorge und Bildungsangebote ihren Platz finden können. Sie bilden den Standort, um die im Leader-Be-

teiligungsprozess mit den Bürger*innen entwickelten Ideen und Projekte voranzubringen, um so die Zukunftsfähigkeit der Ortsteile sichern zu können. Dienstleistungen aus der Verwaltung, Angebote von Post und Banken können hier ebenso gebündelt werden und machen das Gemeinschaftshaus zu einem von allen Bürger*innen akzeptierten Mittelpunkt.

In den großen Ortsteilen wie Alt-Salzuflen und Schötmar fehlt es mittlerweile an Möglichkeiten zum gesellschaftlichen und kulturellen Beisammensein. In Ermangelung privatwirtschaftlicher Angebote hat hier die Stadt die unerlässliche Aufgabe, für eine ansprechende Infrastruktur zu sorgen. In den Stadt-Quartieren wie in den Dörfern: wir brauchen Treffpunkte.



ICE-Bahntrasse

Die SPD will ein offenes Verfahren.

Die Deutsche Bahn plant, eine ICE-Strecke durch Bad Salzuflen zu bauen. Das beschäftigt die Einwohner*innen in Lockhausen, Biemsen-Ahmsen und in der Elkenbreite enorm. Neben der zu erwartenden Lärmbelastung und der Verringerung der Wohnqualität, treibt die SPD zudem die Sorge um die Heilquellen im Bereich des Oberbergs um.

„Wir Salzufler Sozialdemokrat*innen fordern die Bahn und den Verkehrsminister auf, das Verfahren ergebnisoffen zu gestalten und die Menschen in der Region dabei mitzunehmen“, formuliert Andreas Funke, unmissverständlich. Die neue Studie des Bahnzentrum-Ingenieurbüros aus Bielefeld untermauert die Möglichkeit, dass auf eine Neubautrasse

verzichtet werden kann. Hierzu bedarf es einer weitgehenden Sanierung bzw. eines Ausbaus der bestehenden Strecke.

Eingriffe in die Landschaft sowie Baukosten fallen dann geringer aus, ohne dass das Ziel, ein integraler Fahrplan („Deutschlandtakt“) gefährdet wäre. Bad Salzuflen profitiert von dieser Alternative, denn ein Neubau entlang der Autobahn 2 und durch den Oberberg entfällt dann. Die SPD-Landtagsabgeordnete Ellen Stock sowie Bundestagsmitglied Jürgen Berghahn setzen sich gemeinsam dafür ein, dass die Verantwortlichen das Gespräch mit den Menschen suchen und keine Lösung favorisieren, bei der am Ende Kosten und Nutzen in einem krassen Missverhältnis stehen.



„Wir wollen Ihre Hoffnungen Wirklichkeit werden lassen“

Für ein sozial gerechtes NRW: Thomas Kutschaty tritt als Spitzenkandidat der SPD bei der Landtagswahl an und möchte gemeinsam mit den BürgerInnen den Fortschritt gestalten.

LIEBE LIPPERINNEN UND LIPPER,

das, was uns prägt, motiviert uns fürs Leben. Bei mir ist das so: Ich komme aus Borbeck im Essener Norden und stamme aus einer Eisenbahnerfamilie. Ich bin stolz auf meinen Vater und meine Mutter, eine gelernte Kauf-frau. Sie haben sich den Aufstieg hart erarbeitet. Sie haben etwas aus sich gemacht und das treibt mich an. Für diejenigen, die etwas aus sich machen wollen, möchte ich mich einsetzen. Das Größte für mich als Kind war unser Umzug von der Hausnummer 256 in die 250: Mussten wir zuvor im Dachgeschoss auf engstem Raum auskommen, bekam ich jetzt endlich mein eigenes Zimmer. Das war neuer Luxus – ein Luxus, den wir durch faire Mieten auch heute möglich machen müssen. Als erster in der Familie konnte ich Abitur machen, als erster studieren. Das war nur aufgrund der sozialdemokratischen Schulpolitik möglich – Chancengleichheit durch gebührenfreie Bildung will ich auch heute jedem Kind ermöglichen. Mein Anspruch: Gute Poli-

tik machen für die Menschen, die heute in ähnlicher Situation sind und die gleichen Hoffnungen haben.

In Nordrhein-Westfalen gibt es Millionen Menschen mit großen Hoffnungen. Hoffnungen für die eigene Familie, auf gute Arbeit, auf Gesundheit und soziale Sicherheit. Hoffnungen auf eine gute Zukunft für die eigenen Kinder – ohne Krieg und

können den Fortschritt gemeinsam gestalten und das Bessere möglich machen.

Die SPD hat einen Plan für ein solidarisches, ökologisches und gerechtes NRW von morgen:

Wir wollen mit 30 Milliarden Euro unsere Wirtschaft und Arbeitswelt auf ihrem Weg zur Klimaneutralität unterstützen und das Schüler*innen-Ticket für alle Schulkinder kostenlos machen.

Thomas Kutschaty dreimal in Lippe:
21. April um 15 Uhr in Lemgo, Begaterassen
21. April um 18 Uhr in Detmold
22. April um 9 Uhr in Lage, Marktplatz

Bitte die Zeitungen und das Internet wegen möglicher Veränderungen im Blick behalten.

Umweltzerstörung, frei von Diskriminierung und reich an erfüllten Träumen. Ich trete bei der Landtagswahl am 15. Mai mit der SPD an, damit aus diesen Hoffnungen Wirklichkeiten werden.

Ich will Ihr nächster Ministerpräsident werden und bin überzeugt davon, dass unser Bundesland mit einer starken SPD das Morgen gewinnen kann. Wir

Durch den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien wollen wir unabhängiger von Importen werden, das Klima schützen und die Energiepreise bezahlbar halten. Mit dem Bau von 100.000 neuen Wohnungen jährlich, von denen 25.000 Sozialwohnungen werden, wollen wir für bezahlbare Mieten sorgen.

Wir wollen die Bildung gebührenfrei machen, von der Kita bis zum Berufsabschluss, und 1.000 Talentschulen gezielt fördern: mit neuen Gebäuden, technischer Ausstattung und mehr Personal. Wir setzen uns mit aller Entschlossenheit für ein besseres Gesundheitssystem ein: mit wohnortnaher Versorgung, besseren Arbeitsbedingungen und ohne weitere Krankenhaus-schließungen.

Am 15. Mai entscheiden Sie, ob wir mit unseren Vorschlägen die Hoffnungen auf beste Bildung für unsere Kinder, auf Klimaschutz, der Arbeit schafft und gute Löhne umsetzen können. Ob wir mit Ihrer Stimme die Gesundheitsversorgung stärken und Investitionen in unsere Verkehrswege ermöglichen können. Die SPD und ich sind bereit, aus diesen Hoffnungen Wirklichkeiten zu machen. Ich bitte sie daher: Wählen Sie am 15. Mai die SPD, damit wir gemeinsam das Morgen gewinnen.

Ihr
 Thomas Kutschaty

Begleiter auf dem Bildungsweg unserer Kinder

Bildungslotsen reichen die Hand, damit es jedes Kind schafft

Kreis Lippe. Lernen ist ein lebenslanger Prozess und verläuft bei jedem Menschen anders. Es ist wie beim „Laufen lernen“: Jedes Kind hat sein eigenes Tempo. Einige stehen wie eine Eins und laufen los, andere krabbeln vor und zurück und wiederum andere brauchen eine Hand, die sie hält, damit sie nicht hinfallen.

Auch in unserem Bildungssystem wollen wir jedem Kind die Hand reichen und passend zum erfolgreichen Schulabschluss begleiten. Ziel dieser sozialdemokratischen Bildungspolitik ist, dass es jedes Kind schafft.

Alle Kinder verdienen Unterstützung dabei, ihren individu-

ellen Lern-Weg zu finden – unabhängig von der Herkunft. Damit jedes Kind sein volles Potenzial entfalten kann, schaffen wir einen Anspruch auf einen Bildungslotsen. Eine Person, die mit Rat und Tat zur Seite steht, um das Kind zu fördern und gerade bei den Bildungsübergängen zu unterstützen.

Dennis Maelzer, familienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, ergänzt: „Für eine gute Bildung brauchen wir auch gute Schulen. Wir wollen hier ein Förderprogramm für Sanierung, Neubau und Ausstattung auflegen und damit die Kommunen entlasten.“



Mindestlohn wird erhöht

„Wahlversprechen gehalten“, sagt der lippische SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn.

Kreis Lippe. Die SPD-geführte Bundesregierung hat nicht lange gefackelt und zügig eins ihrer zentralen Wahlversprechen eingelöst: die Erhöhung des Mindestlohns. „Das bedeutet eine Lohnsteigerung für mehr als sechs Millionen Menschen“, freut sich der lippische SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn.

Schrittweise wird nun der Mindestlohn angehoben. Ab Juli steigt er auf 10,45 Euro, ab Oktober werden dann 12 Euro erreicht. „Ich bin sehr froh, dass wir das schnell umgesetzt ha-

ben“, sagt Berghahn. Von der Erhöhung profitieren insbesondere Menschen im Niedriglohnssektor, wie die Gastronomie, soziale Berufe, Paket- und Lieferdienste. „Beim Mindestlohn geht es nicht nur um ein gutes Einkommen, sondern auch um die Teilhabe am Leben. Und das hat mit Respekt vor den Menschen und ihrer Arbeit zu tun“, sagt Berghahn. Darüber hinaus werde er sich weiter eine stärkere Tarifbindung und gute Tarifverträge einsetzen, damit faire Löhne gezahlt werden.

Bus und Bahn werden kostenfrei

Die SPD-Kreistagsfraktion setzt ein kostenloses Schülerticket für die kreiseigenen Schulen um.

Kreis Lippe. Ab August gibt es für alle Schüler*innen der kreiseigenen Schulen im Kreis Lippe ein kostenloses Westfalenticket. Damit können auch in der Freizeit, am Wochenende und in den Ferien Busse und Bahnen genutzt werden – und das im gesamten Bereich des Westfalens. Thomas Jahn, Sprecher des Mobilitätsausschusses, freut sich, dass dieses wichtige Anliegen der SPD-Kreistagsfrak-

tion nun beschlossen werden kann: „Damit sind endlich alle Schüler*innen unabhängig vom Wohnort mobil. Für diejenigen, die bereits jetzt ein Ticket für den Schulweg bekommen, bedeutet das neue Schülerticket eine deutliche Aufwertung.“ Bisher erhalten einige aufgrund weniger Meter oder aufgrund der Wahl einer bestimmten Schule kein Ticket für den Schulweg, diese Ungerechtigkeit wird nun beendet.

Patchworkfamilien, in denen die Eltern an verschiedenen Wohnorten leben, profitieren von der neuen Regelung. Zusätzlich geht es aber auch um eine nachhaltige Veränderung des Mobilitätsverhaltens. „Durch das kostenlose Ticket können Jugendliche in ihrer Freizeit die Möglichkeiten des ÖPNV entdecken und die Vorzüge einer unabhängigen Mobilität genießen. Ein Ausflug mit Bus und Bahn auch über die Kreisgrenzen hinweg nach Bielefeld oder Paderborn ist ab dem Sommer kein Problem mehr“, so Henning Welslau, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. Vor allem für Freizeitaktivitäten sind oft die Eltern gefragt, die ihre Kinder bringen und abholen müssen. Dort, wo es ein entsprechendes Angebot gibt, ist das kostenlose Ticket ein Anreiz, für diese Fahrten den ÖPNV zu nutzen. Besonders Jugendliche

aus Familien mit wenig finanziellen Mitteln profitieren von der kostenlosen Nutzung der Bussen und Bahnen. Das neue Konzept überzeugt – Einige der lippischen Kommunen haben sich ebenfalls auf den Weg gemacht, ein kostenloses Schülerticket für ihre Schulen anzubieten. Die Kreistagsfraktion freut sich darüber und hofft, dass sich viele Städte und Gemeinden anschließen. Das Ticket ist eine rundum gute Sache. Für die Familien im Kreis Lippe, für die Umwelt und für den lippischen ÖPNV. Bald könnte das kostenlose Schülerticket zum Standard in NRW werden, denn die SPD hat dieses Vorhaben in ihr Regierungsprogramm aufgenommen.



Zukunftsfeste Gesundheitsversorgung

Gesundheit ist Voraussetzung des Wohlbefindens – es braucht die beste Versorgung

Kreis Lippe. Um einen guten und wohnortnahen Zugang zu medizinischer Versorgung zu sichern, stehen wir in Nordrhein-Westfalen vor zwei Herausforderungen: Wir müssen uns besonders um die Versorgung in ländlichen Bereichen sowie in den Stadtteilen kümmern, in denen Menschen mit geringem Einkommen leben. Wir wollen mehr Hausärztinnen und Hausärzte für die ländlichen Bereiche Nordrhein-Westfalens und für alle Stadtteile finden. Dazu werden wir Anreizsysteme schaffen – durch Studienstipendien, Praxiskredite und mehr Studienplätze für Medizin.

In NRW werden aktuell 965.000 Menschen gepflegt. Die meisten erhalten liebevolle Pflege zu Hause. Eine Leistung der Angehörigen, die Respekt verdient, die aber nicht überfordern

darf. Zur Entlastung der Pflegenden wollen wir umfassende Beratungsangebote schaffen. In Pflegekompetenzzentren wollen wir alles Wissen über gesundheitliche Leistungen, finanzielle mögliche Leistungen und Pflegeangebote bündeln.

„Für uns Sozialdemokrat*innen“, so Alexander Baer, SPD-Landtagskandidat im Wahlkreis Nordlippe, „sind die Arbeitsverhältnisse der Kranken- und Pflegekräfte von großer Wichtigkeit. Wir wollen die Arbeitsbelastungen reduzieren, um mehr Menschen für diese wichtige Arbeit zu gewinnen. Dazu gehören kürzere, verlässliche und damit familienfreundlichere Arbeitszeiten, eine angemessene Entlohnung, bessere Aufstiegschancen und Möglichkeiten zur Weiterbildung.“

Mit großen Schritten zur gerechten Familienpolitik

Der SPD-Landtagsabgeordnete und -kandidat Dennis Maelzer kämpft für kostenfreie Bildung, genügend Plätze und gut bezahlte Fachkräfte.

Kreis Lippe. „Gute Bildung muss bereits früh beginnen“, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer. Davon ist der familienpolitische Sprecher der Sozialdemokraten im Landtag überzeugt. „Doch leider fehlen dafür immer noch Kita- und OGS-Plätze“, sagt der 42-jährige Detmolder: „Das wollen wir ändern.“

Der Ausbau der Betreuungsplätze an Kindertagesstätten und Offenen Ganztagschulen (OGS) ist aber nur einer von vielen großen Schritten auf dem Weg in eine sozialere und gerechtere Familienpolitik in NRW. „In diesem Hinblick haben CDU und FDP leider fünf Jahre völlig verschenkt“, ärgert sich Maelzer. Ob bei Kita- und OGS-Plätzen, dem Personalmangel in Kitas

oder den Betreuungsgebühren: in diesen und anderen Punkten sei keine Weiterentwicklung zu erkennen. Unrühmlichstes Beispiel für eine völlig verfehlte Bildungs- und Familienpolitik war das Hin- und Her der Landesregierung bei Test- und Maskenpflicht, mangelnden Luftfiltern oder nicht nachvollziehbaren Quarantänevorgaben während der Corona-Krise.

„Nach fünf Jahren Schlingerkurs wollen wir die Familienpolitik in NRW wieder in zielgerichtete Bahnen lenken“, sagt Maelzer. Und das soll beispielsweise dadurch gelingen, dass Ungerechtigkeiten beseitigt werden. „Eine der größten sind die Kita-Gebühren. Die Höhe hängt nämlich rein vom Wohnort der Familien ab. Das wollen

wir ändern und die Kita- und OGS-Gebühren abschaffen“, sagt Maelzer: „Bildung muss generell kostenfrei sein, um allen die gleichen Chancen zu ermöglichen.“

Zu einer guten Bildungs- und Familienpolitik gehöre aber auch gut ausgebildetes und bezahltes Personal. „Deshalb werden wir die vergütete Ausbildung von Erzieher_innen vorantreiben“, erklärt Maelzer. Bislang erhält nämlich die Mehrzahl in der Ausbildung kein Gehalt.

„Mein Ziel ist es außerdem, Familien und Eltern besser und frühzeitig zu unterstützen“, sagt Maelzer. Das gelinge beispielsweise durch die Eröffnung von Familienbüros in den Kommunen oder der Integration von Familienzentren an den Grundschulen.



Nah an den Menschen

Die SPD-Landtagsabgeordnete Ellen Stock setzt sich für die Bürgerinnen und Bürger bei verschiedensten Problemen ein.



Kreis Lippe. Die Landtagsabgeordnete Ellen Stock hat sich vor allem als Ansprechpartnerin und Kümmerin für die verschiedensten Probleme der Bürgerinnen und Bürger einen Namen gemacht. Aber auch als Mitglied des Kommunal- und des Petitionsausschusses konnte die waschechte Waddenhauserin Akzente setzen.

Die Verkehrssituation und der Wunsch nach einem Zebrastrifen in Wüsten, Probleme bei der Vergabe von Kita-Plätzen, Schwierigkeiten bei der Beschäftigung von Kita-Alltagshelfern in Oerlinghausen, den Herausforderungen von Sportvereinen

in Lage während der Pandemie, Probleme von Bürgerinnen und Bürgern in Leopoldshöhe oder Bad Salzuflen mit verschiedenen Behörden: Stock nahm und nimmt sich den unterschiedlichsten Themen an, versucht zu vermitteln und sie zu lösen. Darüber hinaus unterstützt Stock seit Jahren das Ehrenamt – führt regelmäßig Gespräche mit Vereinsvertretern, Feuerwehrleuten oder besucht die Tafeln.

Außerdem beleuchtet Stock schwierige Themen, wie die zunehmende häusliche Gewalt an Frauen. Großes Interesse hatte auch die Infoveranstaltung zum Thema Bevölkerungsschutz im

Kreis Lippe hervorgerufen.

Im Landtag gehört Stock dem Petitionsausschuss an, der wegen der Verschwiegenheitspflichten oft abseits der Öffentlichkeit arbeitet. Darüber hinaus ist Stock im Kommunalausschuss vertreten und besetzt dort insbesondere die Themen „Digitalisierung der Stadt- und Gemeindeverwaltungen“ und Straßenausbaubeiträge.

„Für mich ist es ein Ansporn, weiterhin gute, soziale und gerechte Politik für die Lipperinnen und Lipper zu machen“, sagt Stock und bittet die Menschen am 15. Mai um ihr Vertrauen und ihre Stimmen.

Schwarz-Gelb hält am Bürokratiemonster fest

Ellen Stock, Dennis Maelzer und Alexander Baer wollen Bürger entlasten. Eine echte Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gibt es nur mit der SPD.

Kreis Lippe. Das Thema Straßenausbaubeiträge beschäftigt die Menschen – auch in Lippe. Das zeigte sich beispielsweise bei einer Veranstaltung der SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock. 80 Menschen waren ins Bürgerhaus nach Lage gekommen, um über den derzeitigen Stand zu diskutieren. Dabei zeichnete sich schnell ab, dass die deutliche Mehrheit der Anwesenden die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen als ungerecht und hohe Belastung empfindet.

„Die wirklich sehr gut besuchte Veranstaltung in Lage hat sehr deutlich gemacht, wie der Großteil der Bürgerinnen und Bürger über Straßenausbaubeiträge denkt“, sagt Stock. Deshalb setzt sie sich gemeinsam mit ihrem lippischen SPD-Landtagskollegen Dennis Maelzer sowie dem SPD-Landtagskandidaten Alexander Baer für die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen in Nordrhein-Westfalen ein. Oft müssen Anwohnerinnen und Anwohner vier- bis fünfstellige Beiträge zahlen, wenn die Stra-

ße vor ihrem Grundstück saniert wird. „Diese Last ist für viele Haushalte kaum oder gar nicht zu stemmen“, erklären Stock, Maelzer und Baer.

Seit Monaten kämpfen die Sozialdemokraten dafür, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen und die Bürger zu entlasten. Doch bislang waren sie im Landtag immer an der schwarz-gelben Mehrheit gescheitert. Nun, kurz vor der Wahl, bröckelt die Blockadehaltung. Die NRW-Landesregierung hat eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) angekündigt. Diese soll die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen betreffen.

„Die Ankündigung von Schwarz-Gelb ist aber lediglich nur ein unausgereifter Schnellschuss kurz vor der Landtagswahl. Fünf Jahre hatte die Landesregierung Zeit, Bürgerinnen und Bürger bei den Straßenausbaubeiträgen spürbar zu entlasten“, sagt Stock. „Was CDU und FDP nun planen, behält ein Bürokratiemonster bei, ohne einen Effekt. Das bisherige aufwändige Fördersystem soll einfach mit

angepasster Förderquote fortgesetzt werden“, ergänzt Maelzer. Unter enormem Verwaltungsaufwand müssten Kommunen in diesem System fällige Straßenausbaubeiträge ermitteln, um dann festzustellen, dass keine Zahlung notwendig sei. „Das unterstreicht, wie undurchdacht die Ankündigung von Schwarz-Gelb ist“, sagt Baer.

Die SPD hatte einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der die endgültige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorsieht. Doch erneut war dieser von CDU und FDP abgelehnt worden. „Wenn es um die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge geht, wissen die Betroffenen sehr wohl, wem sie in dieser Frage am meisten vertrauen können. Nur durch die SPD wird die Abschaffung auch wirklich Realität“, erklären Stock, Maelzer und Baer.

Das Bohren dicker Bretter prägt

Als Kommunalpolitiker ist oft Beharrlichkeit und Geduld gefragt. Das zeichnet den SPD-Landtagskandidaten Alexander Baer aus.



Kreis Lippe. Alexander Baer fühlt sich im Rat der Stadt Lemgo wohl. Seit zwei Jahren ist er dort Vorsitzender der SPD-Fraktion. Sein Team besteht aus 12 Ratsmitgliedern und vielen sachkun-

digen Bürgerinnen und Bürgern. „Das ist eine tolle Gruppe und es macht mir viel Spaß mit ihnen zusammen an der Zukunft Lemgos zu arbeiten. Bei uns geht es um Kinderspielplätze ebenso

wie um die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten unseres Gewerbes und unserer Hochschule“ umreißt Baer die Bandbreite der Arbeit.

Dabei merkt der 47-jährige wie langwierig bestimmte Entwicklungen manchmal sind. Aber er freut sich auch immer wieder, wenn er vor Ort sehen kann, was seine Arbeit und sein beharrliches Bohren bewirkt hat. Dabei sei es auch gut, dass fast alle Fraktionen im Rat nicht nur auf ihre Parteiprogramme schauen, sondern auch häufig der Versuch gelingt, mit den anderen Parteien einen gemeinsamen Nenner zu finden. Das ist gut für die Stadt und wichtig für die Zukunft.

„Ich würde mir auch im Landtag mehr Gemeinsamkeiten wünschen. Für NRW wäre das gut“, so Alexander Baer abschließend. Wir wünschen ihm dort viel Glück.

Unsere Wohnung, schützenswerter Rückzugsort unseres Privatlebens

Zuhause soll es schön sein. Hier gibt es Geborgenheit. Für Viele ist sie Zentrum des Zusammenlebens.

Kreis Lippe. Die eigene Wohnung ist wichtig. Deshalb kämpfen wir darum, dass Menschen nicht aus ihren Wohnungen verdrängt werden – weder im Arbeitsleben noch im Alter. Wir schaffen durch Neubau für viele Menschen ein neues, gutes Zuhause, gehen gegen steigende Mieten vor und helfen dabei, dass wir uns die eigene Wohnung mit normalem Gehalt wieder leisten können.

Unser Ziel ist es, dass wir in Nordrhein-Westfalen nicht mehr als 30 Prozent unseres verfügbaren Haushaltseinkommens für die Miete ausgeben müssen. Das soll für alle zehn Millionen Mieter*innen in NRW gelten. Gleichzeitig unterstreichen wir unser sozialdemokratisches Aufstiegsversprechen und

werden die Menschen beim Streben nach einer Immobilie unterstützen. Denn die eigenen vier Wände sind auch eine lohnende Altersvorsorge.

„Über alles gesehen“, resümiert Ellen Stock, Vorsitzende der SPD-Lippe und SPD-Abgeordnete im Landtag, „brauchen wir ca. 100.000 neue Wohnungen pro Jahr in NRW. Wir wollen aber passgenaue Lösungen erarbeiten – für die verdichteten Großstädte mit explodierenden Mieten und Wohnungsmangel ebenso wie für die dünner besiedelten Regionen des Landes, in denen es manchmal sogar Leerstände gibt, und dabei gleichzeitig den Herausforderungen des Klimaschutzes gerecht werden.“

Bad Salzufler Erklärung: Reaktion auf Montagsdemos

Wir stehen ein für Solidarität, Respekt, Toleranz und Gastlichkeit, für gelebte Demokratie und eine aktive Stadtkultur.

Das Wort „Spaziergang“ hat im Jahr 2021 seine Unschuld verloren. Auch in Bad Salzuflen gab und gibt es „Spaziergänge“, die als Vorwand für ihre Betätigung ihre Unzufriedenheit mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie angeben, sich in Wirklichkeit aber vehement gegen zentrale Werte der Mehrheitsgesellschaft positionieren.

Statt selbst auf der Straße zu demonstrieren, haben wir die „Bad-Salzufler-Erklärung“ ver-

fasst. Dieses Bekenntnis zur Demokratie stieß sofort auf große Resonanz und innerhalb weniger Tage fanden sich annähernd 700 Unterzeichner*innen.

„Für mich gibt die Erklärung der bisher eher stillen Mehrheit der Geimpften eine kräftige Stimme in der demokratischen Auseinandersetzung mit der viel zu lauten Minderheit der Impfgegner und -verweigerer“, betont SPD-Stadtverbandsvorsitzender Clemens Welslau.

Wir als SPD sind froh, dass es gerade in unserem Land gelungen ist, moderne und konventionelle Impfstoffe gegen das Corona-Virus zu entwickeln. Dadurch sind wir dieser Krankheit nicht mehr ausgeliefert. Und wir wünschen uns sehr, dass immer mehr Menschen das Impfangebot annehmen und erkennen, dass sie damit nicht nur sich selbst schützen, sondern auch ihre Nächsten. Jetzt unterzeichnen: www.bad-salzufler-erklaerung.de



Wiederum zu wenig Kita-Plätze

SPD beklagt Mangel in Biemsen-Ahmsen und Lockhausen. Schwarz-Grün verweigert den bedarfsgerechten Ausbau im Stadtrat.



Noch immer fehlen mehr als 200 Kita-Plätze in Bad Salzuflen. „Es ist einfach frustrierend“, so Sigrid John, Sprecherin der SPD im Jugendhilfeausschuss. Grundsätzlich hat jedes Kind gemäß Sozialgesetzbuch einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz ab der Vollendung des ersten Lebensjahres. „Bad Salzuflen will eine familienfreundliche Kommune sein, wird diesem Anspruch aber bei Weitem nicht gerecht.“

Seit langer Zeit werden hinsichtlich der Kita-Planung falsche Entscheidungen getroffen, die dazu führen, dass es zu-

künftig in einigen Ortsteilen eine deutliche Überversorgung an Kindergartenplätzen geben wird. Andere Ortsteile können dagegen für mehr als die Hälfte der jüngsten Bewohner keinen Platz anbieten (Biemsen-Ahmsen, Ehrsen-Breden, Lockhausen).

Jüngst hatte der Jugendhilfeausschuss mit den Stimmen von SPD und FDP beschlossen, einen zusätzlichen Kita-Neubau in Lockhausen voranzutreiben. Waren die betroffenen Eltern nun frohen Mutes, erfolgte kurz darauf die Ernüchterung: Der Salzufler Stadtrat hat diesen Be-

schluss mit einer Mehrheit von CDU und Grünen aufgehoben. „Ich bin schockiert, damit habe ich nicht gerechnet“, so eine Mutter aus Lockhausen.

Die SPD wird sich mitnichten aber geschlagen geben. „Wir werden weiter für die betroffenen Kinder kämpfen und haben deshalb im Ortsausschuss Lockhausen erneut einen Antrag für einen Neubau eingebracht. Jugendhilfeausschuss und Stadtrat müssen also noch einmal ran“, betont Clemens Welslau, Chef der Sozialdemokrat*innen in Bad Salzuflen.

Schulpolitik steht vor großen Herausforderungen

Inklusion, Integration, Coronapandemie sowie die aktuelle Situation in der Ukraine verändern unsere Bildungslandschaft.

Die sich ständig ändernden Anforderungen an schulische Bildung beeinflussen natürlich auch die Schullandschaft in Bad Salzuflen bis heute. Einer der wichtigsten Veränderungen der jüngeren Vergangenheit war die Gründung der Gesamtschule im Schulzentrum Aspe. Der Fraktionsantrag der SPD zur Bedarfsermittlung für die Errichtung einer Gesamtschule in Bad Salzuflen gab im Juli 2007 den Startschuss. Die dieser Tage publik gewordenen Anmeldezahlen zeugen davon, dass diese Schulgründung sich zu einer Erfolgsgeschichte mauserte.

Damit auch unter den aktuellen Umständen alle Schüler*innen und gleiche Chancen haben, müssen unseren Schulen vor Ort durch ihre bauliche Gestaltung und durch ihre Ausstattung dazu in die Lage versetzt werden.

Folgerichtig wird mit der Erweiterung des Schulzentrum Lohfeld und den Baumaßnahmen im Schulzentrum Aspe für beide Bildungszentren die Voraussetzungen geschaffen, die helfen, aktuelle pädagogische

Konzepte erfolgreich umzusetzen.

Im Bereich der Grundschulen wird sich die Bad Salzufler SPD auch künftig dafür verstärkt einsetzen, dass das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ gelebte Geltung zeitigt. Der Antrag der SPD-Fraktion, den Grundschulverbund Schötmar-Holzhausen aufzuheben, ermöglicht es, dass mehr Schüler*innen aus Holzhausen vor Ort unterrichtet werden. Der Standort Schötmar kann dadurch gezielt unterstützt und gestärkt werden.

Die SPD hat alle Standorte im Blick und wird die Schulen beim Ausbau und bei der Digitalisierung unterstützen. Denn, wir wollen allen Kindern die bestmöglichen Bildungschancen garantieren.

Dafür allerdings ist nicht nur die Investition in Steine notwendig. Die Pandemie und die aktuelle Situation um die Flüchtlingskinder aus der Ukraine zeigen deutlich auf, dass es viel zu tun gibt. Wir Sozialdemokrat*innen wünschen uns, dass den geflüchteten Familien schnell und

unbürokratisch geholfen wird. Die Eltern bedürfen der effektiven Hilfe, damit sie eine Unterkunft für ihre Familie finden. Wir fordern deren schnelle Eingliederung in den heimischen Arbeitsmarkt, damit Integration von vornherein gelingt. Genau so wichtig ist es, dass wir die bei uns Schutz suchenden Kinder und Jugendlichen sofort in unsere Bildungsstätten aufnehmen, ihnen gezielt Deutschkenntnisse vermitteln, damit sie zeitnah in die Regelklassen wechseln können. Denn der Austausch mit den hier Herangewachsenen ermöglicht alltäglichen Austausch – die Basis jeglicher erfolgreichen Integration.

Wir Bad Salzufler Sozialdemokrat*innen bewundern und unterstützen das private Engagement unserer Bürger*innen und sagen Danke-Schön. Wir fordern von den Verantwortlichen der Stadtverwaltung, dass genügend menschliche wie finanzielle Ressourcen zum Einsatz kommen, um die Bemühungen der Bürger*innen zu flankieren.

Klimawende jetzt, gerade im Verkehr

Bad Salzufler SPD stellt Antrag zur Unterstützung der Verkehrswende. Nachhaltigkeit und Verkehrssicherheit sind im Fokus.

Ziel des Antrags ist die Förderung so genannter Verkehre des Umweltverbundes (Bus, Bahn, Rad und Fußgänger) einhergehend mit einer Verbesserung der Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Um z.B. Radfahrer*innen besser zu schützen, soll die Einführung von Tempo 30 km/h ausgehend von den Quartieren und Ortsteilen geprüft und umgesetzt werden.

Bereits in den 1980er Jahren gab es erste Kampagnen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. 2012 gründete sich eine Europäische Bürgerinitiative für Tempo 30, die ihre Forderung an das Europaparlament als Volksbegehren herantrug.

Aktuell wird in vielen Städten unterschiedlicher Größe die Regelgeschwindigkeit von 50 km/h bereits umgesetzt.

Aspekte von Minderung des Lärms und der Emissionen, Erhöhung der Verkehrssicherheit für Rad und Fußgänger und Verbesserung der Aufenthaltsqualität für alle Altersgruppen im öffentlichen Raum sind überzeugende Argumente.

„Wir möchten“, so SPD-Ratschherr Joachim Licht, „dass die Umsetzung durch Straßenmarkierungen – da wo notwendig – geschieht. Das erspart uns hohe Investitionen in eine neue Radwegeinfrastruktur.“

Opposition und Corona: beides Mist?

Die SPD wollte mit einem Generationswechsel die Kommunalwahl gewinnen. Es kam anders, wir sind (leider) die Opposition.

Dass die SPD-Fraktion Opposition auch in den herausfordernden Zeiten der Coronapandemie kann, hat sie bereits in einigen wichtigen Themenfeldern gezeigt. So konnte der Plan des neuen Bürgermeisters, die Schwellenwerte für die „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ von 50.000 auf 100.000 EUR zu verdoppeln und somit der Kontrolle des Rates zu entziehen, vereitelt werden. Auf unsere Initiative hin wurde auch die Geschäftsordnung des Rates an die digitale Wirklichkeit angepasst.

Bei der Sanierung des Rathauses sollte im Eilverfahren und ohne Diskussion die bisherige Planung um Baumaß-

nahmen im Umfang von rund 4 Mio. EUR erhöht werden. Auch dies konnte die SPD-Fraktion verhindern. Nach Diskussion im Fachausschuss wurden unnötige Positionen im Umfang von rund 2,6 Mio. EUR gestrichen.

„Insgesamt hat die SPD-Fraktion bewiesen, dass sie ihre neue Aufgabe versteht“, resümiert Ralf Wiebusch, SPD-Fraktionsvorsitzender, „und sich trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie erfolgreich einsetzt.“

Jürgen Berghahn berichtet aus Berlin

Die Impfpflicht, die Folgen der Corona-Krise und Putins Angriffskrieg auf die Ukraine prägen Jürgens Start im Deutschen Bundestag.

Jürgen, seit fünf Monaten gehörst Du nun dem Bundestag an. Was hat dich am meisten beeindruckt?

Erstens die Wahlen des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten. Zweitens, dass wir zentrale Wahlversprechen wie die Erhöhung des Mindestlohns schnell umgesetzt haben. Dann die Debatten über die Impfpflicht und dieser schreckliche Ukraine-Krieg.

Wie stehst Du zur Impfpflicht?

Ich habe mich einer interfraktionellen Abgeordnetengruppe angeschlossen, die sich für eine Impfpflicht ab 18 Jahren ausspricht. Zum

Schutz der vulnerablen Gruppen und um weitere harte Maßnahmen zu verhindern, bin ich für die Impfpflicht.

Wie erlebst Du die Debatte um den Krieg in der Ukraine und die Folgen für die Bundesrepublik?

Es ist wie Olaf Scholz sagte, eine „Zeitenwende“! Wir müssen wieder um Frieden und Abrüstung ringen. Zugleich müssen wir uns so schnell wie möglich unabhängig von russischem Gas und Öl machen und den Ausbau von regenerativen Energien vorantreiben.



Herausgeber: SPD-Stadtverband Bad Salzuflen
Wenkenstr. 15, 32105 Bad Salzuflen
Verantwortlich: Clemens Welslau
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH
Curt-Frenzel-Straße 2, 86167 Augsburg

